



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Correspondenzen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Holland, südlich bis nach der Schweiz, ostwärts bis nach Rußland, Polen, Ungarn, nordwärts bis Schleswig und Dänemark, und der Volkswitz sagt: „Columbus habe in Amerika schon einen Winterberger mit Sensen angetroffen.“

Das Geschäft, mühsam wie es ist, nährt noch immer seinen Mann. Es wird freilich, je mehr mit der steigenden Cultur sich überall der stehende Handel verbreitet und festsetzt, desto mehr zurückgedrängt und genöthigt, seine Nahrung aus immer weitem Kreisen zu ziehen, und die Zeiten, wo der Saldo eines Jahres beim Handel in Holland sich auf 1000 Gulden belaufen konnte, sind vorbei. Doch kommt es noch vor, daß der Hausirer, welcher mit eignen, hinlänglichen Mitteln und mit Geschick seinen Handel betreibt, den Reingewinn eines Jahres auf mehre hundert Thaler, ja bis zu 500 Thalern anschlagen kann, und auf 100 Thaler schätzt man durchschnittlich die Summe, welche der Hausirer von seiner Ausfahrt heimbringt.

Von dem Verdienste des Hausirgeschäftes werden dann alle Gelbtausgaben des zurückgelassenen Haushaltes bestritten. Steuern, Pächte, Rechnungen des Handwerkers und des Kaufmannes, Arbeitslohn für die Bestellung der Ländereien, welche an die Bauern verdungen wird. Kurz, die Hausirer bringen das baare Geld in die Heimath. Um die Wichtigkeit dieses Handelsbetriebes in einigen Beispielen vor Augen zu stellen, sei erwähnt, daß in der Bürgermeisterei Niedersfeld unter 2344 Einwohnern 1000 dem Hausirhandel angehören, und alle übrigen fast ohne Ausnahme mittelbar von dem Verdienste der Hausirer leben, daß ferner allein in der Gemeinde Aisinghauien, welche 587 Einwohner und unter diesen 37 Hausirer zählt, der jährliche Reinertrag, welcher heimgebracht wird, von den Behörden auf 10—12,000 Thaler angenommen wird. Leider ist es natürliche Folge des umherschweifenden Lebens, daß der Hausirer auch die wenigen Monate seiner Anwesenheit in der Heimath oft minder seinem Hauswesen, als dem Wirthshause widmet und dort einen nicht geringen Theil der sauer verdienten Groschen einbüßt.

Correspondenzen.

St. 31. Aug. Die Aufregung, welche der Streit gegen die Wahlen in den Donaufürstenthümern während der letzten Wochen in der Diplomatie und in der Presse hervor gebracht, hat sich gelegt, seitdem England auf die Seite der protestirenden Mächte getreten, und dem vereinzeltten Oestreich nun nichts übrig blieb, als ebenfalls nachzugeben und seine Niederlage durch das Vorgeben zu verdecken, daß das, was möglich- und sogar wahrscheinlicher Weise das schließliche Resultat sein wird, das Nichtzustandekommen der Union, ihm als Entschädigung für sein widerwilliges Nachgeben garantirt worden sei. Damit ist zugleich mit wahrhaft komischer Plöplichkeit das Lärmen der östreichischen Presse verstummt, die noch vor kurzem in der Annullirung der Wahlen den Untergang der Türkei und die Zerstörung des europäischen

Gleichgewichts, wenn nicht gar die Vernichtung der Freiheit des ganzen Welttheils zu Gunsten russischer Alleinherrschaft sah. Jetzt weiß sie sich recht gut in die veränderten Verhältnisse zu fügen, und in der ihren frühern Wünschen so diametral entgegengesetzten Ausgleichung wieder genau das zu finden, was den Intentionen und Interessen des Kaiserstaates an der Donau am allerbesten entspricht. Eine solche Gewandtheit hat immer ihr Anerkennungswerthes, zumal da die doctrinäre Marotte eine politische Ueberzeugung zu haben, und ihr selbst dann treu zu bleiben, wenn die Gunst des Schicksals sie verlassen hat, für unsere Collegen an der Donau unter den gegebenen Verhältnissen wenig zu passen scheint.

Auch diejenigen Organe der deutschen Presse, die wir zu unsern Gesinnungs-
genossen zu zählen gewohnt sind, haben während des Conflicts fast ohne Ausnahme auf Oestreichs Seite gestanden, und selbst die preussische unabhängige Presse hat den Entschluß des berliner Cabinets, sich den protestirenden Mächten anzuschließen, mehr oder minder offen getadelt. In der That unterscheidet sich ihr Verhalten in der ganzen Angelegenheit nur insofern von dem der österreichischen Collegen, daß sie, während man an der Donau bereits neue diplomatische Siege Oestreichs feiert, den Ausgang auch heute noch eine Niederlage Oestreichs nennt, und ihn sogar als eine deutsche beklagt. Es thut uns aufrichtig leid, dies Mal nicht mit unsern Gesinnungs-
genossen übereinstimmen zu können. Das Opfer, unter allen Umständen für Oestreich einzustehen, erscheint uns überhaupt als zu groß für die winzigen Gegenleistungen, die man an der Donau dafür Deutschland zu gewähren bereit ist. Die Rücksichten, welche die Verbindung Deutschlands mit Oestreich, in die uns Geschichte und Staatsrecht einmal gekannt haben, ersterem auferlegt, wirken schon viel zu hemmend auf unsere politische Entwicklung, als daß wir uns geneigt fühlen sollten, noch mehr zu nehmen als wir müssen, und wenn wir die Gefügigkeit bedenken, welche Preußen bis in die vierziger Jahre, und dann wieder von 1850 an gegen Oestreich an den Tag gelegt hat, und die geringe Geneigtheit, welche dafür Oestreich gezeigt hat, auf die politischen Wünsche und Bedürfnisse Preußens und Deutschlands einzugehen; wie es dagegen jede Gelegenheit benutzt, um in das der Politik Preußens zukommende Gebiet störend einzugreifen, so dünkt es uns hohe Zeit zu sein, mit der Gefälligkeit einmal aufzuhören, und den vergeßlichen Bundesgenossen durch das Ausbleiben der Hilfe an ihre Wichtigkeit für ihn zu erinnern. Wenn ein Freund bei dem andern fortwährend neue Anleihen macht, ohne die alten zu bezahlen, sogar mögliche Hilfe verweigert, wenn dieser wieder selbst in Noth ist, dann ist die Zeit vorbei feurige Kohlen auf sein Haupt zu sammeln, und niemand wird es dem sonst so Hilfbereiten verargen, wenn er den Schlüssel zur Kasse in die Tasche steckt und zu dem Freunde sagt: Sieh zu, ob dir die andern helfen! Auch in der Politik hört die Gemüthlichkeit auf.

Ganz abgesehen aber davon, daß wir es gar nicht für rathsam für deutsche Interessen halten, wenn Preußen sich unbedingt der österreichischen Politik in allen ihren Wandlungen anschließt, hatte das berliner Cabinet in dem vorliegenden Falle nicht einmal freie Hand. Es ist wie Oestreich Mitunterzeichner des pariser Vertrags und zur Aufrechterhaltung der Bestimmungen desselben verpflichtet. Eine derselben verspricht den Donaufürstenthümern eine neue politische Organisation, über welche aus freier Wahl hervorgegangene Divans sich aussprechen sollen. Daß die Wahlen in

der Moldau aber frei gewesen sind, behaupten nicht einmal die diplomatischen Vertreter Englands und Oesterreichs, und wenn, wie man jetzt nachträglich findet, es lächerlich ist, bei den corrupten politischen und socialen Zuständen der Donaufürstenthümer freie Wahlen zu erwarten, so mußte die Festsetzung der politischen Organisation der Moldau und der Walachei einer anderen Autorität übertragen werden, und darüber hatten sämmtliche Contrahenten des pariser Vertrags zu bestimmen. So ist man aber nicht verfahren. Auf die Beschwerde der Commissarien von Preußen, Rußland, Frankreich und Sardinien, daß Bogorides bei der Anfertigung der Wahllisten ordnungswidrig verfahren, erkannte die Pforte die Nothwendigkeit einer Interpretation des über die Wahlen erlassenen Firman an, und als eine solche unter Betheiligung sämmtlicher Commissarien unter dem Vorsitz des türkischen vorgenommen worden, sollte sie nach der Behauptung des österreichischen Commissars für den Kamailam der Moldau gar nicht verbindlich sein, und als sich dennoch auf neue Einsprache die Pforte anfangs entschieden hatte, die Wahlen nach der Interpretation der Commissarien stattfinden zu lassen, bestimmte Lord Stratford und in dessen Gefolge Herr v. Prokesch sie, von diesem Entschluß wieder abzugehen, und auf die Einsprache der Commissarien keine Rücksicht zu nehmen. Wenn es diesen beiden wirklich darum zu thun war, einen unverfälschten Ausdruck der Volksmeinung in den Donaufürstenthümern zu bekommen, so konnten sie recht gut dem Aufschieben der Wahlen um 18 Tage zustimmen, das ohnedies nichts präjudicirte mit Ausnahme der verfälschten Wahllisten. Dies konnten sie um so eher thun, wenn, wie die österreichische Presse so zuversichtlich behauptet, der Gedanke der Union nur in den Köpfen der französischen Diplomaten entstanden ist, und in den Fürstenthümern selbst keinen Anklang findet, denn alsdann mußte sich bei freier Wahl der Divan um so eher dagegen aussprechen. Aber wahrscheinlich weil das Gegentheil zu fürchten war, weil Oesterreich nicht für eine politische Organisation der Donaufürstenthümer ist, die ihnen überhaupt festere Gestalt und eine größere Möglichkeit der Selbstständigkeit verleiht als die bisherige, mußte das Verfahren des Fürsten Bogorides um jeden Preis aufrecht erhalten werden. Die Minorität England und Oesterreich versuchte durch den moralischen Druck, den ihre Vertreter auf die Pforte ausübten, ihren Willen gegen den der Majorität durchzusetzen, die außerdem noch den Wortlaut der Verträge für sich hatte. Wenn jemand die Selbstständigkeit der Pforte verletzt hat, so sind es sicherlich nur Lord Stratford und Herr von Prokesch gewesen, und als sich, durch sie gedrängt, die Pforte verleiten ließ, die Bestimmungen des pariser Vertrags zu verletzen, so war es die einfache Pflicht der übrigen Contrahenten, für die Aufrechterhaltung derselben vorzutreten. Eben weil Preußen in dem ganzen Streit nicht Partei ist und sein kann, blieb ihm nichts zu thun übrig, als sich dem Protest anzuschließen.

Daß durch diesen Schritt Preußen mit Rußland in eine Lage und mit England in Widerspruch gerathen ist, wird seiner Politik ganz besonders zum Nachtheil angerechnet. Wir theilen mit jedem sein Vaterland liebenden Deutschen die Abneigung und den Argwohn gegen Rußlands Politik, aber wir haben unsern Verstand noch nicht so weit gefangen gegeben, um uns blos deshalb gegen eine Sache zu erklären, weil Rußland dafür ist; und was England betrifft, so ist es viel weniger durch sein politisches Interesse, als durch die persönliche Leidenschaftlichkeit Lord Stratfords dazu gebracht worden, das Austreten des Herrn v. Prokesch

in Konstantinopel mit so unangemessener Energie zu unterstützen. Daher auch die rasche Bereitwilligkeit nachzugeben, als man einem Verbündeten sich gefällig zeigen konnte, auf dessen Freundschaft man mehr Werth legt, als auf die Oestreichs. Ueberhaupt ist die Frage noch gar nicht gelöst, ob eine Union der beiden Donaufürstenthümer dem russischen Interesse förderlich ist. „Unzweifelhaft!“ hören wir von der andern Seite rufen, „sonst würde sich Rußland jetzt nicht dafür erklären!“ Wenn dies der einzige Grund ist, so möchten wir darauf aufmerksam machen, daß auf der wiener Konferenz, als Drouyn de Lhuys den Plan der Vereinigung der Moldau und Walachei zuerst zur Sprache brachte, Rußland sich ganz entschieden dagegen aussprach. Danach läßt sich also die Frage nicht entscheiden. Damals erhob das Cabinet von St. Petersburg lauten Widerspruch, daß das argwöhnische Europa seinem Vorrücken gegen Konstantinopel einen Damm entgegensetzen wollte; jetzt kann es sich die Mühe ersparen, denn Oestreich findet ebenfalls ein Interesse darin, die Verhältnisse an der Donau nicht zum Abschluß kommen zu lassen, und da es das Mißtrauen Europas noch nicht geweckt hat, eignet es sich viel besser dazu, das durchzusetzen, was Rußlands Plänen am besten dient. Die andern europäischen Mächte haben ein ganz entgegengesetztes Interesse. Niemand kann im Ernst hoffen, daß die Aufnahme der Türkei in die Gemeinschaft der europäischen Staaten, wie sie durch den pariser Frieden erfolgt ist, den unvermeidlichen Sturz dieses Reiches nur eine Stunde aufhalten wird. Mit einem Staate, der unter der beständigen Vormundschaft der fünf Mächte steht, ist es doch gewiß vorbei und es kann sich nur darum handeln, zu verhüten, daß keiner der Nachbarn einseitig und zum Schaden des europäischen Gleichgewichts Nutzen aus dem Zerfall des bevormundeten Staates zieht. Um so wichtiger ist es, bei Zeiten Sorge zu tragen, daß, wenn einmal die Pforte aus der Reihe der bestehenden Mächte verschwindet, aus den Trümmern ihrer Besitzungen sich neue organische Gestaltungen herausbilden, da es feststehendes Axiom der europäischen Politik ist, daß die Vergrößerung eines Nachbarstaats der Türkei mit einigen ihrer Provinzen verderblich für das Gleichgewicht Europas sein würde. Es ist möglich, daß die Moldau und Walachei ebenso wenig Geschick zeigen wie die Griechen, einen auf eignen Füßen stehenden Staat herzustellen, obgleich an dem Mißgeschick des Hellenenreiches die Diplomatie keinen geringen Antheil hat; jedenfalls aber sollte der Versuch gemacht werden, da ein Staat oder eine noch unter der Suzeränität der Pforte stehende Provinz von 4 Mill. Einwohnern doch mehr Chancen der Entwicklung hat, als die gegenwärtige doppelte Hospodarmwirtschaft, und der orientalische Krieg jedenfalls nicht zu dem Zwecke geführt worden ist, um österreichische Intriguen an die Stelle russischer in den Donaufürstenthümern treten zu lassen.

Ein anderes inzwischen eingetretenes Ereigniß, das für Deutschland von viel größerer Bedeutung ist, hat verhältnißmäßig viel weniger Lärm gemacht. Es ist dies das abermalige ergebnislose Auseinandergehen der berliner Zollconferenz. Jedem, dem das Fortblühen und die Weiterentwicklung des deutschen Handels und der deutschen Industrie am Herzen liegt, muß dieses Resultat mit den lebhaftesten Besorgnissen erfüllen. Die segensreiche Institution des Zollvereins, das schönste Geschenk, welches Preußen Deutschland gemacht hat, scheint in einen Zustand der Erstarrung verfallen zu sollen, welcher ihm jede von der Zeit und den Fortschritten

der umliegenden Staaten gebotene Fortentwicklung unmöglich macht. Außerhalb des Bundes gegründet, damit die in demselben sich geltend machenden politischen Rivalitäten nicht störend in das ihnen fremde Gebiet der Handels- und Gewerbepolitik eingriffen, bietet er jetzt dasselbe Schauspiel wie der Bundestag dar, und kann wegen Mangel an Einstimmigkeit über die wichtigsten und brennendsten Fragen zu keinem Beschluß kommen. Seine rückgängige Bewegung datirt eigentlich schon seit dem Anschluß Baierns und Württembergs an denselben, deren Staatsmänner, von listischen Ideen durchdrungen, den Tendenzen der Schutzzollpolitik zuerst in seinen Berathungen und Beschlüssen Geltung verschafften. Damals aber bestimmten noch lediglich Handels- und Industrieinteressen, wenn auch mißverständene, die Opposition in ihrem Gebahren. Seit 1830 aber hat sie eine Tendenz angenommen, die auf den Zollverein zerstörend wirken muß. Ehedem standen sich blos Schutzzoll und gemäßigte Freihandelspolitik gegenüber, jetzt ist der Zollverein der Tummelplatz geworden, auf dem sich die politischen Gegensätze der bamberger Coalition und Preußens bekämpfen, und selbst das draußen stehende Oestreich hat seine Vorposten mitten in das ihm fremde Gebiet vorgeschoben, und besitzt thatsächlich eine Stimme im Rathe der Zollverbündeten, ohne dagegen Verpflichtungen übernehmen zu müssen und an ihre Beschlüsse gebunden zu sein. Das politische Interesse hat ganz entschieden den Vortritt vor dem commerciellen, und der Zweck des Zollvereins, Einigung der materiellen Interessen deutscher Staaten, ist ganz aus dem Auge verloren worden. Selbst die finanziellen Nachtheile der Uneinigkeit, die sich doch sonst am leichtesten Gehör verschaffen, werden nicht mehr berücksichtigt. Bekanntlich trägt die Begünstigung der Rübenzuckerindustrie die Hauptschuld an der Verminderung der Zolleinnahmen. Schon deshalb — der andern Nachtheile dieser widernatürlichen Industrie nicht zu gedenken — war es wünschenswerth, das Privilegium aufzuheben, welches 32 Millionen Consumenten zwingt, theuern Zucker zu essen, damit einige hundert Producenten zu großer Benachtheiligung der Getreideproduction ein lucratives Geschäft treiben können; und Preußen hat auch wirklich wiederholt den Antrag gestellt, den Zoll auf Colonialzucker zu vermindern, oder den auf Rübenzucker zu erhöhen, und damit die Zolleinnahmen wieder auf die alte Höhe zu bringen. Aber obgleich auf Preußen allein 87 oder 90 Procent sämmtlicher Rübenzuckerfabriken des Zollvereins fallen, und der materielle Nachtheil, der aus der Beschränkung dieser künstlich geförderten Industrie entstehen könnte, fast ausschließlich auf Preußen fallen würde, ist eine Veränderung der bisher bestandenen Zollsätze grade durch die Staaten verneint worden, wo die Rübenzuckerindustrie nur eine dürftige Entwicklung erreicht hat. Ganz dasselbe war der Fall mit einem andern höchst dringenden Bedürfniß der deutschen Industrie: mit der Herabsetzung der Eisenzölle, die ebenfalls der bei weitem am meisten — auch dem geographischen Größenverhältniß nach — Eisen erzeugende Staat, Preußen, beantragte, und welche die süddeutschen Staaten, deren Eisenindustrie unverhältnißmäßig viel geringer ist, vereitelten. Selbst der Anschluß Hannovers, der dem Zollvereinshandel den so nothwendigen Zutritt zu der Nordsee verschaffte, fand den lebhaftesten Widerspruch, weil er Preußens Einfluß verstärken mußte.

Daß es nicht in dieser Weise fortgehen kann, darüber sind alle Parteien einig, sowol die innerhalb, wie die, welche noch außerhalb des Zollvereins stehen. Aber

verschieden sind die Ansichten über die Heilung dieses unleidlichen Zustandes. Die einen sehen die einzige Rettung in der Zolleinigung mit Oestreich, und merkwürdigerweise weisen grade diejenigen triumphirend auf die freihändlerischen Tendenzen des Kaiserstaates hin, die innerhalb des Zollvereins sich jedem auf Zollverminderung gerichteten Antrag Preußens widersetzen. Wir müssen allerdings gestehen, daß wir von dieser freihändlerischen Tendenz nichts entdecken können, denn daß neuerdings Oestreich einige vereinzelte Zollsätze unter die des Zollvereins herabgesetzt hat, und die Aufhebung der Durchgangszölle beantragt, ist zwar an sich ganz lobenswerth, kann aber nicht den Charakter einer Handelspolitik ändern, welche in allem Uebrigen entschieden den Charakter einer schutzzöllnerischen trägt, und der noch dazu dieser Charakter durch die Interessen, die sie aufgezogen hat, aufgezwungen wird. Ganz abgesehen aber davon möchten wir wissen, wie der Eintritt Oestreichs in den Zollverein den Zwiespalt der Interessen, der sich in ihm jetzt geltend macht, heilen soll. Im Gegentheil glauben wir, daß die gegenwärtige Verfahrenheit des Zollvereins nur ein schwaches Abbild von derjenigen ist, welche alsdann eintreten würde. Derselbe Dualismus, der das politische Deutschland von jeder activen Rolle ausschließt, würde dann auch im erweiterten Zollverein verfassungsmäßig und auf legalem Terrain sich noch greller geltend machen, als er es jetzt bereits unter der Hand thut. Oder kann denn wirklich jemand im Ernste glauben, daß, wenn Preußen und Oestreich beide im Zollverein sind, die Bedingung der Einstimmigkeit aller am Zollverein Betheiligten aufgehoben, und die der bloßen Majoritätsbeschlüsse eingeführt werden würde? Kann wirklich jemand im Ernste glauben, daß Oestreich einem von einer preußischen Majorität, oder Preußen einem von einer östreichischen gefaßten Beschlusse, der ihr Sonderinteresse, oder nur ihr politisches Selbstgefühl verletzten, sich unterordnen würde? Wenn es zu einer solchen Selbstverleugnung kommt, so haben sich diejenigen, welche über das Problem der deutschen Einheit nachgedonnen, ganz umsonst den Kopf zerbrochen, und das goldne Zeitalter steht uns nächstens bevor.

Kommt daher die Zolleinigung mit Oestreich zu Stande, so gehen alle Vorzüge des Zollvereins verloren, die er dadurch erlangte, daß er sich außerhalb des deutschen Bundes constituirte, und die Passivität, die in den Augen der Diplomaten und der Schöpfer des deutschen Bundes der Hauptvorzug desselben ist, weil er dadurch eine Hauptgarantie des europäischen Friedens wird, wird in den Zollverein hinüber verpflanzt. Es kann alsdann kein Beschluß zu Stande kommen, ohne daß sich vorher Preußen und Oestreich miteinander verständigt haben, und sie werden sich nicht eher handelspolitisch verständigen, als bis sie einig geworden sind über die Grenzen, in welchen jeder den politischen Einfluß des andern ungestört walten lassen will. Die Bedeutung der bamberger Coalition hört dann von selbst auf, denn sie hat keine Lebenskraft aus sich selbst, sondern bloß so lange, als die eine Großmacht sie gegen die andere als Werkzeug gebraucht, wie es 1850 Oestreich gegen Preußen, und während des orientalischen Krieges Preußen gegen Oestreich gethan hat. Man sieht, auch hier drängen die Verhältnisse auf die Durchführung des gagernschen Programms hin.

Verantwortlicher Redacteur: D. Moriz Busch — Verlag von F. A. Herbig
in Leipzig.

Druck von C. C. Elbert in Leipzig.